

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Berlin braucht eine Gesamtstrategie für eine zukunftsfeste und qualitativ hochwertige duale Ausbildung (Teil 1): Weiterentwicklung der beruflichen Bildung

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in Berlin folgende Inhalte umzusetzen:

1. Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner in die Gestaltung einer Gesamtstrategie für die Beruflichen Schulen und Oberstufenzentren (OSZ)
2. Verbindliche Qualitätsstandards und Qualitätskontrollen für die duale Ausbildung
3. Prüfung der vollzeitschulischen Bildungsgänge, die über ein duales Pendant verfügen, und Streichung der vollzeitschulischen Bildungsgänge, die durch eine duale Ausbildung ersetzt werden können
4. Reduzierung der Platzzahl der vollzeitschulischen Ausbildung an den mehrjährigen Berufsfachschulen (BFS) – orientiert an der Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze
5. Verbesserte Initiativen zur Bewerbung der dualen Ausbildung
6. Flächendeckende Qualitätsentwicklung der Angebote zur Berufs- und Studienorientierung

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2019 zu berichten.

Begründung

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland steht für eine gelungene Verbindung von Theorie und Praxis und ist eine Erfolgsgeschichte. Die duale Ausbildung trägt zu einem reibungslosen Übergang von der Ausbildung in den Beruf bei. Das spezifisch deutsche System der dualen Ausbildung ist weltweit anerkannt und wird im Ausland zum Vorbild genommen, doch in

Deutschland selbst ist es gefährdet. Das ursprünglich sehr durchdachte System wurde nicht weiterentwickelt. Die Jagd nach einer immer höheren Akademikerquote auf Druck der OECD führte zu einer Entwertung des dualen Ausbildungsweges. Auf dem Erfolg der dualen Ausbildung darf man sich nicht ausruhen. Das Konzept muss fortentwickelt und Veränderungsprozessen angepasst werden.

Zu 1: Über Pro WebeSO II hinaus müssen für die berufliche Bildung in Berlin Ziele festgesetzt werden, die dem Gesamtprozess eine klare Richtung geben und die nötige Transparenz verleihen. In die Gestaltung des Gesamtprozesses für die Beruflichen Schulen und OSZ müssen die Perspektiven der Wirtschafts- und Sozialpartner Eingang finden.

Zu 2: Die berufsbildenden Angebote müssen hinsichtlich Struktur und Wirksamkeit einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen werden. Zur Qualität der beruflichen Ausbildung sind verbindliche Qualitätsstandards und Qualitätskontrollen nötig. Es bedarf der Anleitung und des persönlichen Trainings in der Praxis, Auszubildende werden zu oft alleingelassen.

Zu 3: Den dualen Angeboten gebührt – wie in der Berliner Vereinbarung 2015-2020 festgehalten – gegenüber vollschulischen Angeboten der Vorrang. Konsequenterweise bedeutet dies, dass vollzeitschulische Bildungsgänge, die über ein duales Pendant verfügen, gestrichen werden müssen.

Zu 4: Die Platzzahl der vollzeitschulischen Ausbildung an den mehrjährigen Berufsfachschulen (BFS) sollte – orientiert an der Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze – reduziert werden, um die duale Ausbildung zu stärken.

Zu 5: Wir brauchen mehr Initiativen für die duale Ausbildung, sowie eine intensiviertere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben, die hinreichend früh vor dem jeweiligen Schulabschluss ansetzt. Die steigenden Schülerzahlen sollten nicht in schulische Bildungsgänge, sondern in die duale Ausbildung gelenkt werden. Ein Studium darf nicht länger als der alleinige Königsweg angepriesen werden.

Zu 6: Jugendliche kennen zu wenige Berufsfelder und haben oft falsche Vorstellungen von der beruflichen Praxis. Einige Berufe sind überlaufen, für andere findet sich kein Bewerber. In der Berufs- und Studienorientierung müssen die vielfältigen Möglichkeiten der beruflichen Qualifikation aufgezeigt werden.

Trotz des Landeskonzepts Berufs- und Studienorientierung, trotz der BSO-Teams und des Qualitätssiegels für exzellente berufliche Orientierung erfahren Schüler die Tage zur beruflichen Orientierung und auch Praktika viel zu oft als Zeitverschwendung.

Als fester Ansprechpartner für alle relevanten Akteure zum Thema BSO muss am neu zu gründenden Landesinstitut für berufliche Bildung eine VZE geschaffen werden, die Begleit- und Unterstützungsarbeit leistet.

Berlin, den 9. Oktober 2018

Pazderski Tabor Buchholz
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion